

**Niederschrift über die  
47. Sitzung des Kreisausschusses (10. Wahlzeit) des Landkreises Trier-  
Saarburg am 26.02.2018 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier  
(Öffentlicher Teil).**

Beginn: **17:00** Uhr

Ende: **18:11** Uhr

**Anwesenheit**

Vorsitz

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Mitglieder

Herr Wolfgang Benter	Vertretung für Frau Simone Thiel
Herr Matthias Daleiden	
Herr Michael Hülpes	
Herr Sascha Kohlmann	
Herr Alfons Maximini	
Herr Claus Piedmont	Vertretung für Herrn Bernhard Busch
Frau Sabina Quijano Burchardt	
Frau Kreisbeigeordnete Jutta Roth-Laudor	
Frau Ingeborg Sahler-Fesel	ab 17:07 Uhr (TOP 4)
Herr Wolfgang Schäfer	ab 17:24 Uhr (TOP 8)
Frau Kathrin Schlöder	
Herr Dr. Karl-Georg Schroll	
Herr Markus Thul	
Herr Joachim Weber	Vertretung für Herrn Bernhard Henter

Verwaltung

Herr Reinhard Benzkirch	Leiter der Abteilung 10/Sicherheit, Ordnung und Verkehr
Herr Joachim Christmann	Leiter des Geschäftsbereichs II
Herr Christoph Fuchs	Büroleiter
Herr Thomas Müller	Pressestelle (TOP 3 bis 11)
Herr Rolf Rauland	Leiter des Geschäftsbereichs I
Herr Hubert Rommelfanger	Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Trier-Saarburg GmbH (zu TOP 10)
Herr Stephan Schmitz-Wenzel	Leiter des Geschäftsbereichs III
Herr Dr. Jürgen Staat	Leiter der Abteilung 3/Gebäudemanagement
Herr Marco Stark	Abteilung 6/Finanzen und Kommunales
Herr Alois Zehren	Leiter der Abteilung 6/Finanzen und Kommunales

Gäste

Herr Marcus Kleefisch	Geschäftsführer des Initiative Region Trier e. V. (zu TOP 10)
-----------------------	---

## **nicht anwesend:**

### **Mitglieder**

Herr Bernhard Busch	entschuldigt
Herr Bernhard Henter	entschuldigt
Frau Simone Thiel	entschuldigt

### **mit beratender Stimme**

Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt	entschuldigt
---	--------------

## **Zur Geschäftsordnung**

Kreisbeigeordneter **Reis** (FWG) eröffnet als Vorsitzender die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Vor Eintritt in den öffentlichen Teil der Tagesordnung beantragt er, den bisherigen Tagesordnungspunkt 7 „Neubau Realschule plus Kell am See – Sachstand und Auftragsvergabe“ zu vertagen, da belastbare Zahlen bezüglich der Schülerzahlen erst Ende der Woche vorlägen.

Zudem beantragt er, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um folgende Punkte zu ergänzen:

N 1 „Schulzentrum Saarburg – Projektierung LED-Beleuchtung – Planungsauftrag“

N 2 „Verkauf Sanitärcontainer“

Des Weiteren soll der bisherige Tagesordnungspunkt 6 „Fahrbahndeckensanierung auf Kreisstraßen mittels DSK/Kleinfertiger in 2018“ als neuer Tagesordnungspunkt 7 behandelt werden.

Die **Kreisausschussmitglieder** stimmen den Änderungen der Tagesordnung einstimmig zu. Sie wird demnach wie folgt abgewickelt:

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 3. Stefan-Andres-Schulzentrum Schweich - Rinnensanierung der Sportanlage - Auftragsvergabe  
Vorlage: 0046/2018**
- 4. Schulzentrum Saarburg - Projektierung LED-Beleuchtung - Planungsauftrag  
Vorlage: 0057/2018/1**
- 5. Verkauf Sanitärcontainer  
Vorlage: 0064/2018**

6. **K 58, OD Korlingen, Auftragsvergabe**  
Vorlage: 0011/2018/3
7. **Fahrbahndeckensanierung auf Kreisstraßen mittels DSK/Kleinfertiger in 2018**  
Vorlage: 0010/2018/1
8. **Prostituiertenschutzgesetz; Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Trier und dem Landkreis Trier-Saarburg zur Aufgabenwahrnehmung im Landkreis**  
Vorlage: 0048/2018
9. **Annahme von Spenden**  
Vorlage: 0036/2018
10. **Initiative Region Trier e.V.; Information über Aktivitäten und Projekte**  
Vorlage: 0041/2018
11. **Informationen und Anfragen**  
Vorlage: 0044/2018
- 11.1 **Haushaltsplan 2018 - Anschreiben der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (Anhörung)**  
Vorlage: 0062/2018
- 11.2 **Weitere Informationen und Anfragen**

## Öffentlicher Teil

### 3. Stefan-Andres-Schulzentrum Schweich - Rinnensanierung der Sportanlage - Auftragsvergabe Vorlage: 0046/2018

#### **Protokoll:**

Kreisbeigeordneter **Reis** (FWG) verweist auf die Vorlage sowie den Beschlussvorschlag.

Auf Frage des Kreisausschussmitglieds **Maximini** (SPD), teilt er mit, dass der Bauausschuss dem Kreisausschuss die Zustimmung zur Auftragsvergabe empfohlen habe.

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss folgt der Empfehlung des Bauausschusses zur Auftragsvergabe der *Erneuerung der Sportplatzrinne mit Kunstrasen und Laufbahn* und beschließt die in der nachfolgenden Sachdarstellung erläuterte Auftragsvergabe:

**Firma Köhler Straßenbau GmbH, Trier 122.873,74 €**

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilhaushalt 3 – Gebäudemanagement bereit.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

### 4. Schulzentrum Saarburg - Projektierung LED-Beleuchtung - Planungsauftrag Vorlage: 0057/2018/1

#### **Protokoll:**

Nach Verweis des **Vorsitzenden** auf die zu Beginn der Sitzung verteilte Vorlage, führt Geschäftsbereichsleiter **Rauland** ergänzend aus, dass die Generalsanierung des Schulzentrums Saarburg zwar noch nicht begonnen habe, allerdings aus den in der Vorlage näher erläuterten Gründen dringend eine Erneuerung der Beleuchtung erfolgen solle. Der Bauausschuss habe in seiner letzten Sitzung ebenfalls das Thema erörtert und die Empfehlung abgegeben, den Planungsauftrag zu vergeben. Bis Ende März könne zudem noch ein Antrag auf Förderung gestellt werden. Die Förderhöhe liege bei etwa 50 %.

Kreisausschussmitglied **Quijano-Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) hält die hohen Kosten vor dem Hintergrund der noch anstehenden Generalsanierung für nicht vertretbar. Sie tendiere daher eher dazu, die defekten Lampen auszutauschen und erst im Rahmen der umfassenden Sanierung die Erneuerung der kompletten Beleuchtung durchzuführen. Auch bei einer 50%igen Förderung würden dem Kreis hohe Kosten entstehen.

Auf Frage des Kreisausschussmitglieds **Maximini** (SPD), teilt Abteilungsleiter **Dr. Stadt** mit, dass die Kreisverwaltung permanent mit dem in der Vorlage genannten Büro zusammen arbeite. Dieses sei auch spezialisiert auf Fördermaßnahmen und schaffe es daher, bis Ende März den Förderantrag auszuarbeiten.

Kreisausschussmitglied **Kohlmann** (CDU) äußert Verständnis für die Bedenken des Kreisausschussmitglieds Quijano-Burchardt. Auch im Bauausschuss sei das Thema ausgiebig im Hinblick auf den Kostenfaktor diskutiert worden. Vor dem Hintergrund des desolaten Zustandes der Beleuchtung habe sich dieser jedoch für eine komplette Erneuerung ausgesprochen.

Zwar werde in der Vorlage darauf hingewiesen, dass die neue Beleuchtung auch nach der Generalsanierung wieder verwendet werden könnte, so Kreisausschussmitglied **Quijano-Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen), allerdings sollte dies auch schriftlich von dem zu beauftragenden Ingenieurbüro bestätigt werden.

Kreisausschussmitglied **Sahler-Fesel** (SPD) sieht aufgrund der von den alten Leuchtmitteln ausgehenden Gefährdungen für die Kinder keine andere Möglichkeit, als eine komplette Erneuerung der Beleuchtung durchzuführen, auch wenn damit hohe Kosten verbunden seien.

Kreisausschussmitglied **Maximini** (SPD) bemängelt, dass die Vorlage erst zu Beginn der Sitzung verteilt worden sei. Allerdings sehe er auch vor dem Hintergrund der in der Vorlage aufgeführten Mängel die Notwendigkeit des Austauschs der kompletten Beleuchtungen.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** erläutert, dass die Schulleitung vor kurzem angerufen und auf die massiven Mängel hingewiesen habe. Daraufhin sei die Thematik im Bauausschuss beraten worden. Wenn keine Frist bezogen auf die Förderung im Raum stünde, hätte dies sicherlich auch erst in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses beraten werden können. So sei allerdings ein gewisser Zeitdruck gegeben.

Auch Kreisausschussmitglied **Daleiden** ist der Ansicht, dass eine Umrüstung trotz der hohen Kosten notwendig sei. Allerdings hält er es ebenfalls für wichtig, dass die neue Beleuchtung auch nach der Generalsanierung weiter verwendet werden könnte. Hierzu sollte es möglichst eine verbindliche Erklärung des Ingenieurbüros geben.

Abteilungsleiter **Dr. Stadt** teilt mit, dass die Deckenkonstruktion bei der Generalsanierung entsprechend angepasst werden müsste, aber diesbezüglich schon eine Lösung gefunden worden sei, um die Beleuchtung nachher weiter zu verwenden.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt den in der Sachdarstellung der Vorlage erläuterten Planungsauftrag zur Projektierung der LED-Beleuchtung am Schulzentrum Saarburg an das Ingenieurbüro etb-consulting, Max-Planck-Straße 8, 54296 Trier zu vergeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen, bei einer Enthaltung.

5. **Verkauf Sanitärcontainer**

**Vorlage: 0064/2018**

**Protokoll:**

In Ergänzung zur Beschlussvorlage weist Geschäftsbereichsleiter **Rauland** darauf hin, dass der Verkauf schon einmal dem Kreisausschuss vorgeschlagen worden sei. Aufgrund des seinerzeitigen Angebots von 48.000 Euro habe dieser darum gebeten, zunächst nach dem Interesse an einer gemeindlichen Nutzung in den Verbandsgemeinden nachzufragen. Allerdings habe auf dieser Ebene kein Käufer gefunden werden können. Der damalige Interessent habe jedoch zwischenzeitlich sein Angebot auf 54.000 Euro erhöht, sodass vorgeschlagen werde, die Container an die im Beschlussvorschlag genannte Firma zu veräußern.

Der **Kreisausschuss** fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt den Verkauf von 8 Sanitärcontainern zum Preis von 54.000,00 Euro an die Firma BHL Handel & Logistik GmbH, Am- selstraße, 54311 Trierweiler. Diese wurden im Rahmen der Flüchtlingskri- se angeschafft.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

6. **K 58, OD Korlingen, Auftragsvergabe**

**Vorlage: 0011/2018/3**

**Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage sowie den Beschlussvorschlag.

Ohne Aussprache fasst der **Kreisausschuss** nachfolgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss stimmt der Vergabe der Arbeiten für den Ausbau der K 58, OD Korlingen, an den preisgünstigsten Anbieter zu.

Der Gesamtbauauftrag soll an die Firma Köhler, Trier, in Höhe des zuschussfähigen Kreisanteils = 331.874,35 € (Angebotssumme in Höhe von 1.800.499,98 €) vergeben werden.

Darüber hinaus ermächtigt der Kreisausschuss den Landesbetrieb Mobilität Trier (LBM), den Auftrag für Grunderwerb und Vermessung bis zu einer Höhe von 18.000,- € vergeben zu dürfen.

Der Kreisanteil der Baumaßnahme in Höhe von 331.874,35 € und die Kosten für Grunderwerb und Vermessung von rd. 18.000 € werden vom Land mit einer Förderquote von 70 % bezuschusst. Am 08.08.2016 wurde seitens des Landes ein entsprechender Bewilligungsbescheid mit einem zwendungsfähigen Kostenanteil von bis zu 190.000,- € (seinerzeit angenommene Kosten der Maßnahme) erlassen. Ein Aufstockungsantrag im Hinblick auf die darüber hinaus gehenden Kosten befindet sich aktuell beim Landesbetrieb Mobilität Trier in Vorbereitung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

7. **Fahrbahndeckensanierung auf Kreisstraßen mittels DSK/Kleinfertiger in 2018**  
**Vorlage: 0010/2018/1**

**Protokoll:**

Kreisbeigeordneter **Reis** (FWG) verweist auf die Beschlussvorlage und teilt ergänzend mit, dass die Maßnahmen auch bereits im Bauausschuss durch Frau Bayer (LBM Trier) vorgestellt worden seien.

Daraufhin fasst der **Kreisausschuss** den folgenden Beschluss ohne Aussprache.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss stimmt – vorbehaltlich der kommunalaufsichtlichen Genehmigung des Kreishaushalts 2018 - den Fahrbahndeckensanierungen mittels DSK-Belag und sog. „Kleinfertigerprogramm“ auf den in der Vorlage aufgeführten Kreisstraßen zu und ermächtigt den Landesbetrieb Mobilität Trier den Bauauftrag auszuschreiben. Die Ermächtigung bezieht sich auch auf die notwendigen Vorarbeiten und die Fahrbahnmarkierungsarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

8. **Prostituiertenschutzgesetz; Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Trier und dem Landkreis Trier-Saarburg zur Aufgabenwahrnehmung im Landkreis**  
**Vorlage: 0048/2018**

**Protokoll:**

Nach Verweis auf die Beschlussvorlage durch den **Vorsitzenden**, erläutert Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel**, dass aufgrund der Neuregelung des Prostituiertenschutzgesetzes zum 1. Januar 2018 die Landkreise für die Entgegennahme der Anmeldungen von Bordellen und Prostituierten zuständig sei. Die Zahlen zeigten, dass der Schwerpunkt jedoch in der Stadt Trier liege. Im Kreisgebiet gebe es lediglich zwei größere Betriebe. Aus diesem Grund sei die vorliegende Zweckvereinbarung mit der Stadt Trier ausgearbeitet worden. Dies sei günstiger, als eine eigenständige Aufgabenwahrnehmung mit eigenem Personal durch den Landkreis.

Auf Frage der Kreisbeigeordneten **Roth-Laudor** (CDU), antwortet Büroleiter **Fuchs**, dass sich die Kosten für die Sozialberatung sowie die Ausstellung von Anmeldebescheinigungen für den Kreis, einschließlich Overhead- und Sachkosten auf ca. 10.800 Euro jährlich beliefen.

Kreisausschussmitglied **Sahler-Fesel** (SPD) geht davon aus, dass mit der Stadt Trier auch ein fester Kontrollrhythmus abgestimmt werde. Auf der einen Seite enthalte die Zweckvereinbarung die Bestimmung, dass die Anmeldegebühren komplett bei der Stadt verblieben, an anderer Stelle werde jedoch vereinbart, dass andere Gebühren mit dem Landkreis verrechnet würden. Diesbezüglich bittet sie um Klarstellung.

Abteilungsleiter **Benzkirch** erläutert, dass die Anmeldegebühren auf 30 Euro festgeschrieben seien. Da die Stadt auch den Ausfall und die Kosten für eine eventuelle Vollstreckung der Forderung trage, habe diese darauf bestanden, dass diese Gebühren komplett bei ihr verblieben. Bei den Gebühren, die verrechnet würden, handele es sich beispielsweise um Verwaltungsgebühren im Rahmen der Mitwirkung bei Genehmigungsverfahren (z. B. Brandschutz oder Bauordnungsrecht).

Auf Frage des Kreisausschussmitglieds **Quijano-Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen), antwortet Abteilungsleiter **Benzkirch**, dass der Kreis bis August letzten Jahres davon ausgegangen sei, dass die Zuständigkeit, wie beim Gewerberecht, bei den Verbandsgemeinden liegen würde. Da der Kreis keinen eigenen kommunalen Vollzugsdienst habe, sei die vorliegende Zweckvereinbarung gemeinsam mit der Stadt erarbeitet worden. Der Stadtrat habe dieser bereits zugestimmt.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die Zustimmung zum Abschluss der Zweckvereinbarung zum Prostituiertenschutzgesetz mit der Stadt Trier, wie in der Vorlage dargestellt und vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

9. **Annahme von Spenden**

**Vorlage: 0036/2018**

**Protokoll:**

Nach Verweis des **Vorsitzenden** auf die Vorlage der Verwaltung, fassen die Mitglieder des **Kreisausschusses** den folgenden Beschluss ohne Aussprache.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss stimmt der Annahme der bereits eingegangenen Geldzuwendungen gem. § 58 Abs. 3 Landkreisordnung (LKO) zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

10. **Initiative Region Trier e.V.; Information über Aktivitäten und Projekte**

**Vorlage: 0041/2018**

**Protokoll:**

Kreisbeigeordneter **Reis** (FWG) verweist auf die Informationsvorlage und erteilt Herrn Kleefisch, Geschäftsführer des Initiative Region Trier e. V. (IRT), das Wort.

Herr **Kleefisch** stellt anhand einer Präsentation zunächst die Organisationsstruktur des IRT. vor. Seit 2011 verfüge dieser über kein eigenes Personal mehr. Die Geschäftsführung werde unentgeltlich durch die IHK wahrgenommen. Als Organe bestünden die Mitgliederversammlung und der Vorstand. Die Mitgliedsbeiträge beliefen sich aktuell auf rund 43.000 Euro jährlich. Der Kreis zahle einen Jahresbeitrag von 6.400 Euro. Anschließend stellt er die in der Vorlage aufgeführten Projekte/Aktivitäten der Jahre 2016 und 2017 kurz vor und gibt eine Aussicht auf die geplanten Projekte in 2018, die ebenfalls exemplarisch in der Verwaltungsvorlage aufgeführt sind. Für weitere Themen- und Veranstaltungsvorschläge sei der IRT offen und begrüße entsprechende Rückmeldungen.

Der IRT, so Kreisausschussmitglied **Schäfer** (SPD), habe sehr oft Veranstaltungen der Kammern begleitet, die diese sicherlich auch alleine hätten durchführen können. Aufgrund der großen Bandbreite an Maßnahmen, die die Region über die Grenzen hinaus bekannt und attraktiv machen könnten, sei auch eine andere Aufgabenstellung des IRT denkbar. Ein Thema könnte so der Ausbau der Infrastruktur, beispielsweise in Bezug auf ein lückenloses Mobilfunknetz sein.

Herr **Kleefisch** erläutert, dass die durchgeführten Veranstaltungen sicherlich auch alleine durch die Kammern hätten organisiert und durchgeführt werden können, aber diese durch die Beteiligung des IRT eine viel größere Wirkung gehabt hätten. Je stärker sich die Politik, sprich die Landkreise und die Stadt Trier einbrächten, desto stärker wäre auch die Wirksamkeit der Aktionen/Projekte in der Öffentlichkeit.

Kreisausschussmitglied **Hülpes** (CDU) gibt zu bedenken, dass neben dem IRT auch noch die Planungsgemeinschaft Region Trier bestehe, in der ebenfalls zahlreiche regionalpolitische Themen beraten würden. Hier stelle sich die Frage, inwieweit gewisse Bereiche gemeinsam angegangen werden könnten.

Herr **Kleefisch** sieht in diesem Bereich durchaus die Möglichkeit einer Zusammenarbeit. Bisher habe es allerdings noch keine Berührungspunkte gegeben.

Kreisausschussmitglied **Maximini** (SPD) sieht bei dem IRT eher eine einseitige von den Wirtschaftsverbänden bestimmte Initiative. Es fehlten Projekte/Themen die einen konkreten Bezug auf den Landkreis Trier-Saarburg hätten. Im Zuge der bereits erfolgten Reduzierung der Kreisbeteiligungen müsse auch über den Verbleib des Kreises im IRT nachgedacht werden.

Der IRT, so Herr **Kleefisch**, sei keine Institution der Wirtschaftsverbände. Alle Landkreise der Region sowie die Stadt Trier seien Mitglied. Der IRT sei jedoch nur so stark, wie sich die Politik einbringe.

Kreisausschussmitglied **Sahler-Fesel** (SPD) regt an, dass sich der Ausschuss für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demographie mit dieser Thematik befassen sollte. Dort könnten Projekte/Aktivitäten gesammelt und beraten werden, die aus dem Landkreis Trier-Saarburg kämen. Die Vorschläge könnten dann beispielsweise einmal jährlich im Kreisausschuss erörtert und anschließend an den IRT herangetragen werden.

## **11. Informationen und Anfragen**

### **11.1. Haushaltsplan 2018 - Anschreiben der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (Anhörung)** **Vorlage: 0062/2018**

#### **Protokoll:**

Kreisbeigeordneter **Reis** (FWG) verweist auf die ausgeteilte Infovorlage und teilt ergänzend mit, dass zu dieser Thematik eine Ältestenratssitzung am 5. März 2018 stattfinden werde.

Auf Einwand des Kreisausschussmitglieds **Sahler-Fesel** (SPD), teilt Geschäftsbereichsleiter **Rauland** mit, dass ein formeller Antrag auf Fristverlängerung bei der ADD gestellt werde.

Kreisausschussmitglied **Dr. Schroll** (Piraten) gibt zu Bedenken, dass ein solches Schreiben der Aufsichtsbehörde nicht vorliegen würde, wenn keine Senkung der Kreisumlage beschlossen worden wäre.

Die Kreisausschussmitglieder **Hülpes** (CDU) und **Schäfer** (SPD) sprechen sich dafür aus, dass der Leiter der Finanzabteilung das Schreiben kurz erläutern solle. Außerdem solle er darstellen, welche Möglichkeiten bestünden, die Haushaltsgenehmigung zu erwirken. Insbesondere stelle sich die Frage, ob auch Einsparpotenzial im Haushalt gesehen werde.

Kreisausschussmitglied **Sahler-Fesel** (SPD) bemängelt, dass die Vorlage im Rahmen der heutigen Sitzung verteilt worden sei, bevor der Ältestenrat sich mit der Thematik habe befassen können.

Auch Kreisausschussmitglied **Daleiden** (FWG) sieht dies kritisch und hält eine Diskussion in der heutigen Sitzung daher für zu verfrüht. Erst müsste die Sitzung des Ältestenrates abgewartet werden.

Abteilungsleiter **Zehren** teilt mit, dass der Kreisverwaltung das Schreiben am Montag zugegangen sei. Dieses habe man nicht verschweigen, sondern den Mitgliedern des Kreisausschusses auch bereits vor der Sitzung des Ältestenrates zur Information vorlegen wollen. Die Verwaltung habe sich schon intern Gedanken gemacht. Allerdings hätten diese aus terminlichen Gründen nicht mit Landrat Scharz besprochen werden können, so dass er aktuell diesbezüglich noch keine weiteren Aussagen machen könne.

## **11.2. Weitere Informationen und Anfragen**

### **Protokoll:**

Es liegen keine weiteren Information und auch keine Wortmeldungen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Helmut Reis)  
Kreisbeigeordneter

(Stefan Baldy)  
Verwaltungs-Betriebswirt (VWA)